

Fachtagung: Wohnen und Mobilität 4. Oktober 2012

Workshop C:

Neue Siedlungen mit innovativem Umgang mit Mobilität /Rechtliche Hürden

Nach den beiden Inputreferaten von Lukas Rohrer (Oberfeld Ostermundigen) und Stefan Geissbühler (npg Burgunderstrasse, Bümpliz) wurden vor allem drei Fragen diskutiert:

1. Wie sehen die Regelungen bezüglich der Vorhaltemassnahmen aus, die nötig sind, um ev. später doch noch Parkplätze errichten zu können (Errichtung von Schuldbriefen zur finanziellen Sicherstellung und/oder weitere Vorhaltemassnahmen)
2. Wie kann autofreies Wohnen bei GenossenschafterInnen, resp. MieterInnen durchgesetzt werden?
3. Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, um auch für Investoren, Immobilienentwickler einfache Lösungen anbieten zu können.

Zu 1.

Lukas Rohrer stellte die Idee der Schuldbriefregelung mit entsprechenden Dienstbarkeiten vor.

Zu 2.

Stefan Geissbühler machte darauf aufmerksam, dass bei der Burgunderstrasse kein Autoverbot, sondern lediglich ein Parkplatznutzungsverbot in einem Radius von 300 m.

Markus Knauss: die Siedlung Kalkbreite in Zürich zielt explizit auf den Autobesitz ab.

Zu 3.

Im Kanton Bern besteht die Grundlage autofreien Wohnens darin, dass nach kantonalem Recht erst ein Parkplatzbedarf überhaupt eine ausreichende Anzahl Abstellplätze.

Im Kanton Zürich ist die Regelung umgekehrt: im PBG darf aus besonderen Gründen (u.a. des Umweltschutzes) von der Parkplatzerstellungspflicht abgewichen werden.

Die rechtliche Grundlagen erschienen aber nicht besonders gut, ev. muss mit Gestaltungsplänen gearbeitet werden.

Stefan Schneider wünschte sich bessere rechtliche Grundlagen, denn sobald es „schwierig“ werde, wollen Grundstücksentwickler kaum etwas von innovativen Lösungen wissen.

Moderation und Zusammenfassung: Markus Knauss, VCS Zürich